

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Mittelbadischer Courier. 1896-1936 1934

88 (16.4.1934)

Mittelbadischer Kurier

Ettlinger Tagblatt mit den neuesten Handels-Nachrichten für Stadt und Bezirk Ettlingen

Berlag: Buch- und Steinbruderei R. Barth-Ettlingen, Frauenstraße 26, Fernruf 78. — Postfachkonto 1181 Karlsruhe. Hauptgeschäftsführer: R. Barth-Ettlingen, verantwortlich für Politik und Badisches: G. Pabel-Rastatt für Lokales und Inserate: R. Barth. — Druck: R. & H. Greifer, GmbH, Rastatt, Kaiserstr. 40, 42. — Anzeigenannahmeschluss 9 Uhr, bringende 10 Uhr.

Bezugspreis: Durch die Post monatlich 1,50 RM.; zuzüglich Postgebühren oder durch Träger frei Haus pro Monat 1,50 RM.; Einzelnummer 10 Reichspfennig. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Entschädigung bei verspäteter oder Nichterscheinen der Zeitung. Abbestellungen können nur bis 25. des Monats auf den Monatsletzten angenommen werden.

Anzeigenpreis: Die einseitige 46 Millimeter breite Millimeterzeile 5 Reichspfennig; Reklameanzeigen Millimeter 15 Reichspfennig. — Beilagen: Das Tausend 10 Reichsmark. Bei Wiederholung Rabatt, der bei Nichterhaltung des Zieles bei gerichtlicher Beitreibung und Konturgen wegfällt. — Für Plakatschrift und Tag der Aufnahme wird keine Garantie übernommen. D.-M. III 34 1800.

Nummer 88

Montag, den 16. April 1934

Jahrgang 71

Blick in die Welt

Reichsaußenminister Freiherr von Neurath über die deutsche Handelspolitik

Auf der Jahresveranstaltung des Ibero-Amerikanischen Instituts hielt Außenminister Neurath vorgestern abend eine bedeutsame Rede: der wir nachstehendes entnehmen:

„Für jeden, der in Hamburg das Wort ergreift, richtet der Blick sich von selbst zuerst nach draußen, nach dem Ausland, mit dem die Vergangenheit und die Zukunft dieser ruhmvollen Hansestadt so eng verbunden ist. In der Gegenwart muß Hamburg noch mehr als das Inland darunter leiden, daß diese Verbindungen mit dem Ausland erschwert worden sind. Die Reichsregierung kennt die Bestrebungen, den Warenaustausch mit dem Ausland wieder stärker nach den deutschen Hafenplätzen zu ziehen und die hanseatischen Warenmärkte und Umschlagplätze, die während des Krieges und nachher aus einer Reihe von Gründen geschwächt worden sind, wieder zu kräftigen. Ich kann versichern, daß wir diese Bestrebungen billigen und mit der notwendigen Rücksicht auf andere allgemeine Interessen nach Möglichkeit unterstützen werden.“

Was aus dem gegenwärtigen Wirrwarr der wirtschaftlichen und handelspolitischen Tendenzen der einzelnen Länder und aus der völligen Desorganisierung der internationalen Finanzbeziehungen schließlich sich einmal herausentwickeln wird, wird heute mit Sicherheit niemand voraussagen können. In zwei Punkten zeichnet sich die Entwicklung für Deutschland aber heute schon trotz der allgemeinen Unsicherheit klar ab.

Das Eine ist, daß das Schlagwort der Autarkie, das eine Zeitlang in manchen Kreisen eine große Rolle gespielt und im Ausland zu manchen Mißdeutungen Anlaß gegeben hat, daß dieses Schlagwort heute in allen maßgebenden Kreisen überwunden ist. Ich spreche das deutlich aus: Niemand in der Reichsregierung glaubt, daß Deutschland wirtschaftlich vom Ausland isoliert werden soll und kann. Zwar wird mit neuen und vereinten Kräften daran gearbeitet, unser Volk und unsere Wirtschaft von ausländischen Lebensmitteln und Rohstoffen unabhängiger zu machen, als dies früher war, und im Inlande selbst zu erzeugen, was hier erzeugt werden kann. Wir haben in dieser Richtung bereits sehr positive Fortschritte gemacht, besonders in der Lebensmittelversorgung. Andererseits aber verlangt unsere zentrale Lage in Europa verständnisvolle und auf wechselseitiges Entgegenkommen aufgebaute Handelsbeziehungen mit den Nachbarländern und ebenso verlangt die Notwendigkeit, Rohstoffe zu beziehen, freundschaftliche Austauschbeziehungen mit den überseeischen Ländern. Ich kann kein besseres Beispiel für diese Einstellung der Reichsregierung anführen als die kürzlich neu abgeschlossenen Handelsverträge mit Holland und Dänemark. In diesen beiden Verträgen ist besonders die wechselseitige Einsicht und Bereitwilligkeit zum Ausdruck gekommen, auf die Lebensnotwendigkeiten des anderen Staates Rücksicht zu nehmen. Ich hoffe, daß dieses Beispiel internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit auch bei den Verhandlungen mit anderen Staaten Schule macht.

Das Zweite ist, daß wir in Zukunft die Wareneinfuhr planvoller in die Hand nehmen müssen als in der Vergangenheit. Die tatsächliche Entwicklung der Handelspolitik in den letzten Jahren ist über diese Prinzipienfrage aber bereits hinweggegangen. Die Währungs- und handelspolitische Absichtsetzung vieler Länder hat uns einfach in die Zwangslage verwickelt, eine planvolle Verlagerung der notwendigen Einfuhr nach den Ländern vorzunehmen, die bereit sind, Deutschland entsprechende Werte abzunehmen.

Die Reichsregierung wird diese Linie zwar unter möglicher Schonung alter Handelsbeziehungen, aber doch zielbewußt verfolgen.

Diese rücksichtsvolle aber zielbewußte Gestaltung unserer Handelspolitik verlangt mehr als je eine einheitliche Füh-

rung. Es geht nicht an, daß jeder Berufsstand es unternimmt, seine eigene Handelspolitik zu treiben. Ich will gern annehmen, daß alle Stellen davon ausgehen, daß sie mit ihren Maßnahmen zum Besten der Allgemeinheit handeln. Diese örtlich und beruflich beschränkten Stellen können aber nicht den Überblick haben, um zu entscheiden, was zum Besten der Allgemeinheit ist. Darüber können nur zwei Stellen entscheiden. Die eine ist die Reichsregierung, die allein die Außenhandelspolitik führen kann, und die andere sind die vom Reich eingesetzten Vertretungen der Berufe, die Reichsstände, deren Aufgabe es ist, die Reichsregierung zu beraten und die Interessen der verschiedenen Wirtschaftszweige untereinander abzuwägen.

Der Erfolg einer deutschen Außenhandelspolitik, wie ich sie kurz skizziert habe, ist natürlich, wie der Erfolg jeder Handelspolitik, stets von einer elementaren allgemeinen Voraussetzung abhängig, d. i. die Beruhigung und Konsolidierung der internationalen Lage in politischer Beziehung. Es ist eine Binsenwahrheit, die ich nicht ausführlich darlegen brauche, daß die Weltwirtschaft nicht gedeihen kann, wenn die Atmosphäre mit politischen Spannungen geladen ist. Daß die Außenpolitik gegenwärtig mit schwierigen und ersten Problemen zu ringen hat, mit Problemen, die zum Teil das Fundament unserer nationalen Existenz betreffen, wissen Sie alle. Ich sehe unter diesen Problemen aber kein einziges, das nicht bei vernünftiger Behandlung einer Regelung auf dem Wege friedlicher Verständigung zugänglich wäre. Die Reichsregierung hat unter der Führung unseres Reichskanzlers vom ersten Augenblick ihrer Tätigkeit an die deutsche Außenpolitik auf das allgemeine Ziel eingestellt, dem deutschen Volke ein Leben in Frieden und Ehre zu sichern. Sie hat dieses Ziel mit offenen und klaren Mitteln verfolgt und hat die Aufrichtigkeit und Gradlinigkeit ihres Wollens durch Handlungen und Erklärungen bekundet, an denen sich nicht drehen und nicht beuteln läßt.

Ich glaube auch sagen zu können, daß diese Friedenspolitik jetzt von keinem einsichtigen und aufrichtigen Beurteiler des Auslandes mehr in Zweifel gestellt wird.

Man hat erkannt, daß Worte, die Adolf Hitler gesprochen hat, von ihm selbst und von ganz Deutschland gehalten

werden. Daran, was wir nach Recht und Gerechtigkeit für Deutschland fordern müssen und gefordert haben, werden wir freilich mit unerbittlicher Entschlossenheit festhalten; denn es sind Forderungen, auf die ein gesundes und ehrliebendes Volk überhaupt nicht verzichten kann.

Der maßvolle Umfang dieser Forderungen und die friedlichen Absichten, die ihnen wie unserer gesamten Außenpolitik zugrundeliegen, haben jedoch von deutscher Seite aus alle Voraussetzungen für eine schnelle und dem gemeinsamen Interesse Europas entsprechende Verständigung geschaffen. Es kommt, wie ich dies schon einmal an anderer Stelle gesagt habe, nur auf den Entschluß der anderen Regierungen an, eine solche Verständigung zur Wirklichkeit werden zu lassen.

Wenn das, wie ich auf das dringendste hoffen möchte, geschieht, und wenn so das Vertrauen unter den Völkern wiederhergestellt wird, dann haben die Regierungen ihrerseits für die Belebung des Welthandels das Wichtigste getan, was sie überhaupt tun können.

Günstigerweise können wir feststellen, daß für den Handelsverkehr Deutschlands mit denjenigen Ländern, deren Vertreter wir heute unter uns begrüßen können, alle Voraussetzungen einer gedeihlichen Entwicklung schon heute gegeben sind. Zwischen uns stehen keine politischen Probleme, die die Verständigung und zu Schwierigkeiten führen könnten. Im Gegenteil, wir sind untereinander durch die freundschaftlichen Beziehungen verbunden, die von aufrichtigem Verständnis für die beiderseitigen Interessen getragen sind. Es ist mir ein Bedürfnis, den in Deutschland tätigen amtlichen Vertretern der latein-amerikanischen Staaten für alles das zu danken, was sie für den Ausbau dieser Beziehungen und für die gemeinsame Arbeit auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet getan haben.“

Deutscher Handwerkertag

Hunderttausend Handwerker aus Baden und Württemberg in Stuttgart

Stuttgart, 16. April. Unter der Schirmherrschaft des Reichsstatthalters fand am Sonntag im Hof der Rotenbühl-Kaserne der erste deutsche Handwerkertag statt, an dem

hunderttausend Handwerker

aus allen Teilen Württembergs und Badens teilnahmen. Handwerkskammerpräsident Dempel eröffnete die Kundgebung. Reichsstatthalter Murr sagte in seiner Ansprache, das deutsche Handwerk werde heute wieder eine der wertvollsten Bestandteile des Volkes, wie es auch eine der ersten und wertvollsten Stützen der nationalsozialistischen Bewegung gewesen sei. Um des Wertes der Persönlichkeit willen, den die nationalsozialistische Bewegung im Handwerksstand erkenne, werde sie auch zu diesem Stand stehen.

Im Namen des Ehrenmeisters des deutschen Handwerks, des Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg, begrüßte darauf der Reichshandwerksführer, Präsident Schmidt, die süddeutschen Handwerker. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand

der Gedanke des deutschen Sozialismus, der auch nach dem Willen des Führers im Bereich des Handwerks seine Anwendung finden müsse.

Bei der Verfolgung dieses Zieles müßte das wirtschaftliche Denken und Handeln aller selbständigen Unternehmer nach neuen wirtschaftsmoralischen und wirtschaftsethischen Grundlagen aufgerichtet werden. Im Hinblick auf den wirtschaftlichen Erfolg müßten

alle monopolistischen Bestrebungen zur Beherrschung und Ausbeutung der Rohstoffquellen abgestellt werden.

Heute stehe das deutsche Handwerk dem Führer zur Seite mit dem festen Willen, mit ein Vorkämpfer für den deutschen Sozialismus zu sein.

In einem Schlusswort gab Handwerkskammerpräsident und MdR Böhner den Wortlaut eines Telegramms an den Führer bekannt, in dem der Reichskanzler des tiefgefühlten Dankes und der unerschütterlichen Treue des süddeutschen Handwerks versichert wird.

Schulungsarbeit im Handwerk

Berlin, 16. April. Nach außen hin hat das Handwerk mehrfach seinen zeltfesteren Willen zur Aufbauarbeit im neuen Staate bekundet: So durch die erste Braune Leipziger Großmesse, durch die Reichshandwerkswoche im Herbst 1933 und durch die „Halle des Handwerks“ in der bevorstehenden Ausstellung „Deutsches Volk, Deutsche Arbeit“. Hand in Hand damit geht eine lebhaftere Schulungsarbeit nach innen. Wertarbeit, Wirtschaftlichkeit und nationalsozialistisches Arbeitsethos sind die Leitgedanken dieser Schulung. Gerade weil die Zukunft des Handwerks in der Qualitätsarbeit liegt, braucht das Handwerk durchweg moderne wirtschaftliche und betriebstechnische Methoden, um in durch niedrige Preise, pünktliche Lieferung und wirksame Werbung einen möglichst weiten Abnehmerkreis für seine Gütererzeugnisse zu sichern. Diesen Zielen sind Vorträge gewidmet, die vom 1. Mai ab in allen Teilen des Reiches auf Obermeistertagungen gehalten werden und eine größere Schulungsaktion einleiten. Der Reichsstand des Deutschen Handwerks hat die Durchführung dem Deutschen Handwerksinstitut übertragen, das seit Jahren alle Handwerksfragen technischer, kaufmännischer, volkswirtschaftlicher und kultureller Art in Forschung und Lehre bearbeitet

Heizer an der Arbeit

Neue Tartarennachrichten über den Arbeitsdienst

Berlin, 15. April. Der „Daily Express“ beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit dem Deutschen Arbeitsdienst und behauptet, daß in den freiwilligen Arbeitsdienstlagern eine Ausbildung getrieben würde, die besser sei als die der englischen Territorialarmee.

Es ist bezeichnend, daß, nachdem monatelang der deutsche Arbeitsdienst aus der Frage der Abrüstung verschwunden war, diese Verbindung nun plötzlich wieder hervorgeholt wird. Sachlich ist zu der Meldung des „Daily Express“ zu sagen:

daß sich in den Lagern des Arbeitsdienstes überhaupt keine Waffen befinden, ebensowenig in den Händen der jungen Arbeitskameraden.

Die ganze Meldung des „Daily Express“ ist vollkommen erlogen.

Die neuerliche, bewußt unwahre Darstellung des „Daily Express“ ist umso verwunderlicher, als noch unlängst der eng-

lische Oberst Hutchison, der mehrere Monate in den deutschen Arbeitslagern tätig war, in der „Daily Mail“ eine ganz ausführliche Darstellung des deutschen Arbeitslagerlebens gegeben und dabei gleichzeitig alle derartigen Lügenmeldungen als böswillige und niederträchtige Erfindungen bezeichnet hat.

In das Reich der Märchen ist auch eine Meldung des Generals „Journal des Nations“ zu verweisen, in den Arbeitslagern würden Saarländer zu einer Expedition in das Saargebiet einberufen. Die Meldung ist zu durchsichtig, als daß man nicht die ihr inne wohnende Absicht erkennen würde, die darauf abzielt, im Hinblick auf die bevorstehende Saarabstimmung die Atmosphäre zu vergiften. Es ist allerdings erstaunlich, daß dabei mit so großen Lügen gearbeitet wird. Die wenigen in den Arbeitsdienst übernommenen jungen Leute aus dem Saargebiet haben nur einen Wunsch, das neue Deutschland zu erleben.

„Ein Versehen des Versailler Vertrages“

Französische Feststellungen zum deutschen Heeresetat

Paris, 16. April. Die reichlich überflüssigen Anfragen im englischen Unterhaus zum deutschen Heeresetat geben nun auch den Pariser Zeitungen Anlaß, sich mit der Frage zu beschäftigen, namentlich was die deutsche Antwort an England anbelangt. Die ganze Angelegenheit wird natürlich wieder

zu einem Trommelfeuer gegen die angeblichen deutschen Klüftungen benützt. Der „Temps“ macht den Wunsch Frankreichs zum Vater des Gedankens und erklärt, daß der Bericht des englischen Botschafters in Berlin, der sicherlich Gegenstand einer Erklärung im englischen Unterhaus sein werde, denjenigen die letzte Illusion nehmen werde, die bisher noch nicht an die deutsche Aufrüstung glauben wollten. Deutschland begehre einen Bruch des Versailler Vertrages, wenn es seine Streitmacht mit Krediten verseehe, die in keinem Verhältnis zu seiner erlaubten Stärke stünden. Deutschland gebe mit diesem Etat auch seinen Willen zur Aufrüstung zu. Es sei gar nicht nötig, daß es noch ausdrücklich erkläre, eine

Verständigung über die Abrüstung sei unmöglich und es habe daher ein Recht, seine eigene Sicherheit zu organisieren. Demgegenüber muß jedoch die „Liberte“ feststellen,

daß es tatsächlich ein Versehen des Versailler Vertrages sei, Deutschland keine Begrenzung der Heereskredite auferlegt zu haben.

Es sei eigentlich eine Ironie, daß Deutschland öffentlich aufrüste, während die anderen Mächte sich noch darüber streiten, bis zu welchem Grade sie Deutschland eine Aufrüstung gestatten wollen.

Litwinow fährt nicht nach Genf

Reval, 16. April. Wie aus Moskau gemeldet wird, wird Außenminister Litwinow an der Tagung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz in Genf nicht teilnehmen. Seine Vertretung in Genf übernimmt der russische Gesandte in Gelsingfors, Stein.

Deutschland und Polen gehören raumwirtschaftlich zusammen

Der Wirtschaftsfriede zwischen den zwei Staaten mit ein Garant für den Frieden

Unter der Überschrift „Wirtschaftsfriede zwischen Deutschland und Polen“ veröffentlicht Staatssekretär Dr. Pöffe in der Sonntagsausgabe der „Breslauer Neuesten Nachrichten“ einen Artikel, in dem er u. a. ausführt: Es haben einundeinhalb Jahrzehnt seit Beendigung des großen Weltkrieges verstrichen müssen, ehe die Einsicht bei den Völkern Europas Platz greifen konnte, daß mit den alten Methoden aus der ungeheuren Wirtschaftskrise aller Länder nicht herausgefunden werden kann. Die deutsche Staatsführung ist ernsthaft bemüht, ihr Verhältnis zu den anderen Ländern, insbesondere zu ihren Nachbarstaaten, in diesem Geiste neu zu regeln. In dieser Linie haben auch die erfolgreichen Bemühungen gelegen,

die Beziehungen zu Polen zu verbessern und die Grundlagen für ein gutnachbarliches Verhältnis zu schaffen.

Es kann mit Befriedigung festgestellt werden, daß auch die polnische Regierung mit gleichem Verständnis am Erfolg unserer Bemühungen mitgewirkt hat. Neun Jahre waren die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen unterbrochen. Das März-Protokoll hat dem Vorkrieg ein Ende gemacht und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten beseitigt, soweit dies durch handelspolitische Maßnahmen möglich ist.

Freilich bedeutet das nur einen Anfang. Immer noch find eine ganze Reihe von hemmenden Bestimmungen vorhanden.

Immerhin bedeutet das Protokoll einen glücklichen Anfang. Es wird an dem guten Willen auf beiden Seiten liegen, welchen Verlauf die künftige Entwicklung nehmen wird.

Die deutsche Regierung jedenfalls hat ihren Willen, mit den polnischen Nachbarn in ein gutes Verhältnis zu kommen, klar zum Ausdruck gebracht. Deutschland und Polen gehören raumwirtschaftlich zusammen.

Es muß möglich sein, daß die beiden Staaten wirtschaftlich zu einem Ausgleich kommen, durch den sie sich in glücklicher Weise ergänzen. Zwei planvoll aufeinander abgestimmte Volkswirtschaften können nicht nur die besten Garantien für den Frieden, sondern auch für den glücklichen Aufstieg der Nationen und für die Wohlfahrt der Staaten sein.

Keine Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz durch Amerika

Paris, 16. April. Der Sonderbeauftragte des amerikanischen Staatspräsidenten, Washburn Child, der am Samstag, aus England kommend, in Paris eingetroffen ist, erklärte

Ausschmückung der Schaufenster am 1. Mai

Richtlinien der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels

Berlin, 16. April. Auf Veranlassung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda haben die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels und die Reichsfachschaft Deutscher Werbefachleute über die Ausschmückung der Schaufenster zum Nationalen Feiertag des deutschen Volkes am 1. Mai 1934 nachstehende Richtlinien vereinbart:

Die Schaufenster sollen der Bedeutung dieses Tages entsprechend in festlicher und würdiger Form ausgeschmückt werden.

Mit der Ausschmückung wird empfohlen, wo dies aus technischen Gründen erforderlich ist, am Sonnabend, den 28. April, zu beginnen. Für die Dekoration ist frischer Grünschmuck, vor allem an den Außenfronten, zu verwenden, der jedoch erst frühestens am Montag, den 30. April, abends anzubringen ist. Gestlagt wird nur am 1. Mai von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang. Die Dekorationen sind am Mittwoch, den 2. Mai, wieder zu entfernen.

Der Leitgedanke für die Schaufensterdekoration soll die Verbundenheit aller Werktätigen

sein. In geschmackvoller Form sollen die Erzeugnisse heimischen Fleißes ihre Würdigung finden. Erwünscht sind dabei

Pressvertretern, die Ankurbelung der Wirtschaft und damit ein aktiverer Warenaustausch hingen im wesentlichen davon ab, ob die einzelnen Länder ihren Wirtschaftsnationalismus aufgaben oder nicht. Es gebe keine Anzeichen für eine sofortige Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage. Amerika werde daher im Augenblick davon absehen, eine Weltwirtschaftskonferenz einzuberufen.

Der südslawische Außenminister reißt nach Ankara

Belgrad, 16. April. Der südslawische Außenminister Jettich hat Belgrad verlassen, um sich nach Ankara zu begeben und dort mit dem türkischen Außenminister Tewfik Rischiti Bey Verhandlungen zu führen.

Gläubigertreffen am 27. April

Berlin, 15. April. Die Reichsbank teilt mit: Die im Januar für April in Aussicht genommene Konferenz der Vertreter der Hauptgläubigerländer mit der Reichsbank findet am 27. April nachmittags 3 Uhr in dem Gebäude der Reichsbank statt.

Der türkische Botschafter in Berlin gestorben

Berlin, 16. April. Der türkische Botschafter in Berlin, Kemalettin Sami-Pascha, ist am Sonntag mittags um 13 Uhr an den Folgen einer Magenoperation gestorben.

Herstellung des Kirchenfriedens in Württemberg

Stuttgart, 16. April. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt:

Der Reichsbischof ist gestern nachmittags 14 Uhr in Stuttgart eingetroffen, um den Kirchenhofstand in Württemberg zu beheben. Der Synodalausschuß hatte dieser Tage dem Landesbischof Wurm den gesamten Kirchenetat abgelehnt und ihm dadurch sein Vertrauen entzogen.

Der Reichsbischof ermahnte die Beteiligten, alle Streit- und Personalfragen zurückzustellen, bis der äußere Aufbau einer mächtigen evangelischen Reichskirche durchgeführt sei. Er ermahnte den Landesbischof zur Nachgiebigkeit in verschiedenen Forderungen der neuen Zeit. Ministerialdirektor Jäger-Berlin sprach über den klaren Kurs der Reichskirchenführung, worauf der Synodalausschuß den umstrittenen Etat genehmigte. Damit hat der Reichsbischof die Ruhe und Ordnung im württembergischen Kirchengbiet wieder hergestellt.

Der Reichsbischof stattete anschließend dem Reichshofrat für Württemberg Besuch ab und fuhr dann nach Berlin zurück. Bei der Abfahrt wurde der Reichsbischof von der Bevölkerung lebhaft begrüßt und beglückwünscht.

Die braune Lieselotte

Roman von Anton Schwab

48) „Sie sollen mich über den Stand des Unternehmens orientieren! Nicht so, wie er in der Bilanz steht, sorgfältig frisiert, sondern nüchtern und klar wie er ist. Darum bitte ich Sie! Mein Schwiegervater steht auf dem Standpunkt, daß ich mich hier als Generaldirektor hinsetzen und ein hohes Gehalt mit ein paar Unterschriften einstreichen will. Darin irrt sich Erzellenz!“

„Herr von Erlau.. ich.. weiß nicht, wie ich Ihre Worte deuten soll?“

„Warum das hinter dem Berge halten! Ich bin im Bilde, Herr Speidel. Ich weiß, daß der Status unseres Unternehmens nicht gut, sondern hundsmiserabel ist, ich weiß, daß wir der Welt ein zweites Nordwolle-Schauspiel geben werden, wenn hier nicht mit rücksichtsloser Energie gebremst und eingegriffen wird. Und ich will eingreifen, Herr Speidel, und von Ihnen als Deutscher erwarte ich, daß Sie jetzt alle Rücksichten fallen lassen und sich offen aussprechen.“

Direktor Speidel sieht vor sich hin, dann hebt er den Kopf und tut einen tiefen Atemzug.

„Herr von Erlau.. ich will ganz offen zu Ihnen sein! Wenn ich das aber soll, dann bitte ich Sie, Herrn Direktor Rost zu veranlassen, daß er die Bücher mit vorlegt, Herr Direktor Rost ist der Leiter der Buchhaltung.“

Erlau erkennt sofort, daß der Start gut ist. Er drückt auf den Knopf.

Ein junges elegantes Mädchen, das nur durch eine Hornbrille entstellt wird, tritt ein.

„Herr Generaldirektor befehlen?“

„Ich bitte, Herr Rost soll mit den Büchern umgehend zu mir kommen. Sagen Sie, daß ich darum bitte.“

„Sofort, Herr Generaldirektor!“

Das junge Mädchen verschwindet und Erlau fragt:

„Wer ist das?“

„Die Stenotypistin des Generaldirektors! Ihre Stenotypistin.“

„Ist sie tüchtig?“

„Rippel war sehr mit ihr zufrieden, ebenso Friedel, der Privatsekretär.“

„Ah.. einen Privatsekretär habe ich auch?“

„Nein, Herr von Erlau, Friedel hat seinen Posten bei Rippels Tode aufgegeben.“

„Das ist mir ganz sympathisch, denn ich habe mir einen eminent tüchtigen Privatsekretär mitgebracht, der mich auf meinen Reisen begleiten wird. Leider habe ich ihn höchstens ein halbes Jahr. Ich werde Ihnen Herrn de Soul vorstellen. Morgen tritt er seinen Posten an.“

Nach wenigen Minuten kam Dr. Roth, der Leiter der Buchhaltungsabteilung.

„Herr von Erlau haben die Bücher gewünscht?“

„Ja, Herr Dr. Roth! Bitte nehmen Sie doch Platz! Eine Zigarre? Herr Speidel meint, daß sie schmeckt!“

Nur Zigaretten! Bitte sehr! Haben Sie Feuer! So nun kanns losgehen! Bitte, geben Sie mir einmal die letzte Bilanz.“

Sie wird Erlau gereicht. Erlau kennt sie bereits, er hat sie mit Soul zusammen durchgearbeitet. Aber er sieht sie noch einmal aufmerksam durch.

Plötzlich hebt er den Kopf und sieht Dr. Roth lächelnd an: „Wenn ich hohhaft sein sollte, lieber Doktor“, spricht Erlau mit seinem Lächeln, „dann müßte ich fragen, welcher Feilscher hier mit tätig war.“

Sehr verlegen erhebt sich Dr. Roth: „Herr von Erlau.. ich möchte bitten.. die Bilanz ist korrekt!“

„Unbedingt! Korrekt von Ihnen nach den Angaben gemacht. Sie können ja von sich aus nicht beurteilen, ob unsere Tochtergesellschaft in Paris wirklich... sieben Millionen Mark wert ist.“

„Das weist die Bilanz des Tochterunternehmens aus, Herr von Erlau!“ Eine leichte Schärfe ist in Dr. Roths Ton.

Erlau sieht Dr. Roth aufmerksam an. Er tagiert ihn gewissermaßen ab und stellt fest: Korrekter, peinlicher Mensch, leicht erregbar, scheinbar Ehrenmann.

„Herr Dr. Roth“, sagt er ruhig und sehr freundlich, „meine Worte sollen kein Vorwurf für Sie sein. Sie haben recht: das weist die Bilanz aus. Aber nur, wenn sie ehrlich gemacht ist. Heutzutage ist es bei notleidenden Gesellschaften aber allgemein üblich, zu frisieren. Sie werden das zugeben!“

„Gewiß, Herr von Erlau, aber der Räumler-Goulsen-sche Konzern ist nicht notleidend!“

„Meine Herren, kennen Sie die Geschichte: Ein Mann geht zu einem befreundeten Bankier und will Geld aufnehmen. Der Bankier sagt, daß er bedauere, aber er sei pleite. „Gehen Sie einmal zu der gegenüberliegenden Bank von Meyer, die sind zwar auch pleite, aber sie wissen noch nichts, daß sie es sind.“ Finden Sie nicht, daß dieser Witz auf die heutige Zeit sehr gut paßt? Manche Firma ist pleite und man weiß es nur nicht. Die Gefahr, es nicht zu wissen, ist bei einem Konzern mit seinen vielen Werken am größten. Wir zählen 26 Unternehmen, die zu dem Konzern gehören. Wenn alle 26 die Bilanzen frisieren?“

„Aber Herr von Erlau, das ist nicht der Fall!“ Dr. Roth spricht es sehr erregt.

„Das weist ich.. noch nicht genau! Ich weiß aber zum Beispiel, daß unsere chemische Fabrik in Bordeaux, die mit sage und schreibe 15 Millionen zu Buche steht, nicht eine einzige mehr wert ist! Ich weiß zum Beispiel, daß unsere anderen Beteiligungen und Garantieübernahmen bei acht ausländischen Gesellschaften.. mehr als gefährlich sind. Ich weiß zum Beispiel auch, daß Waldberg, Keesebach, Laura und noch eine ganze Reihe seit Monaten mit Verlust arbeiten. Ich könnte Ihnen noch viel mehr erzählen! Mich interessieren die Bilanzen dieser Firmen ganz besonders! Darf ich um die Bilanz von Waldberg bitten?“

(Fortsetzung folgt.)

Beto gegen die Koloniallüge

Lord Rothermere fordert erneut die Rückgabe der Kolonien an Deutschland

London, 15. April. Dem Londoner Berichterstatter des "Budapesti Hirlo" gewährte Lord Rothermere eine Unterredung, in der er sich über die Frage der Abrüstung, über das englisch-französische Verhältnis, die Rückgabe der Kolonien an Deutschland und über die Revision des Trianoner Friedensvertrages äußerte.

Zur Abrüstungsfrage erklärte Rothermere, daß die gegenwärtigen Verhandlungen zu keinem Erlöse führen werden, da es heute kein einziges Land gebe, das ernsthaft an eine Abrüstung denke.

Es könne höchstens von platonischen Beschlüssen die Rede sein. Heute sei jeder Staat verständlicherweise bestrebt, seine eigene Sicherheit auszubauen.

Ein Gleichgewichtszustand könne in Europa lediglich durch einen englisch-französischen Bund gesichert werden, der aber keinesfalls gegen Deutschland gerichtet sein dürfe.

Auch Deutschland müßte diesen Bund bekräftigen, da durch ihn die Sicherheit Frankreichs gewährleistet sei und Frankreich dann keine weiteren Argumente aufbringen könne, die gerechtfertigten Gleichberechtigungswünsche Deutschlands nicht anzuerkennen. Durch einen englisch-französischen Bund würde das gegenwärtig herrschende Gefühl der Furcht vor einer neuen Kriegskatastrophe verschwinden.

Zur Frage einer Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien betonte Rothermere, daß England sich bedingungslos auf den Standpunkt der Gerechtigkeit stellen müsse. Die Rückgabe der Kolonien an Deutschland würde die größte Ungerechtigkeit, die durch die Friedensverträge begangen wurde, wieder gutmachen. Die Behauptung des Versailler Friedensvertrages, Deutschland sei nicht fähig, Kolonien zu verwalten, stelle eine völlige Unwahrheit dar.

Der Umstand, daß man mit der Fortnahme der Kolonien Deutschland seiner wichtigsten Rohstoffquellen beraubte,

sei eine der größten Ungerechtigkeiten. Dadurch habe man Deutschland auch die Möglichkeit genommen, seinen Volkserwerb unterzubringen. Ein lebenskräftiges Volk wie das deutsche habe berechtigten Anspruch auf Freiheit und Raum, wo es seinen Ueberschuß an Arbeitskraft und vor allem die Jugend unterbringen könne. Verschiebe man einem solchen Volk dies natürliche Ventil, so könnten daraus nur Spannungen entstehen, die früher oder später den Frieden gefährden müßten.

Es würde nichts weiter als rein nüchterne Erwägungen erfordern, wenn England sich entschloße, die ihm zugewiesenen ehemaligen deutschen Kolonien, die für England sowie keine Bedeutung hätten und nur eine Belastung bedeuteten, an Deutschland zurückzugeben. Von welcher Seite immer man dieses Problem unterfuche, niemand könne das Recht Deutschlands auf Kolonien in Abrede stellen. Der heutige Zustand sei unhaltbar.

Die Revision des Trianoner Friedensvertrages, fuhr Lord Rothermere fort, sei gleichbedeutend mit dem großen Problem der Regelung der Donaubedenkenfrage. Wie die verantwortlichen ungarischen Politiker sei auch er lebhaft für eine friedliche Revision des Trianoner Vertrages eingenommen. Am zweckmäßigsten wäre eine nochmalige Herbeiführung von Volksabstimmungen in den von Ungarn abgetrennten Gebieten.

Auf die Frage, warum Rothermere die englische faschistische Bewegung unterstütze, erklärte dieser, er sei überzeugt, durch diese Bewegung den englischen Parlamentarismus zu verjüngen und aufrichten zu können. Gerade in den beiden Staaten, in denen der nationale Gedanke die ausschließliche Staatsführung übernommen habe, Deutschland und Italien, zeigten sich die geordneten Verhältnisse. Wenn eine solche Aenderung auch in England eintrete, wäre dadurch die Machtposition Englands in viel höherem Maße gesichert als heute.

In wenigen Worten

Berlin: Im Hause Goebbels ist Familienzuwachs eingetroffen. Die Gattin des Ministers wurde am Freitag von einem kräftigen Mädchen entbunden.

Berlin: Die Richtzahl der Großhandelspreise stellt sich für den 11. April auf 95,7; sie ist gegenüber der Vorwoche (96,0) um 0,3 v. H. zurückgegangen. Die Richtzahlen der Hauptgruppen lauten: Agrarstoffe 90,2 (minus 1,2 v. H.), industrielle Rohstoffe und Halbwaren 90,5 (plus 0,1 v. H.) und industrielle Fertigwaren 114,6 (unverändert).

Berlin: Reichsbauernführer Darree hat am Samstag den Deutschen Reichsbauernrat zu seiner ersten Sitzung einberufen.

Essen: Dr. Len hatte am Freitagnachmittag auf Villa Hügel eine längere zwanglose Aussprache mit Krupp von Bohlen-Halbach über den Aufbau der Wirtschaft und der Deutschen Arbeitsfront.

Madrid: Der spanische Justizminister hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Die marxistischen Streiks im ganzen Lande dauern an.

Madrid: Infolge Dammbruchs wurde das Dorf Palacios in der Provinz Zamora überflutet. Die Einwohnerzahl, 300 Familien, sind ohne Obdach.

Jerusalem: Der berüchtigte Wüstenräuber Abu Hilbeh, der siebzehn Morde auf dem Gewissen hat, wurde nach aufregender monatelanger Jagd durch die Wüste von der englischen Polizei gefangen genommen.

Paris: Durch die Aussagen, die ein Pariser Gerichtsrat am Freitag vor dem parlamentarischen Stavischn-Ausschuß gemacht hat, ist der frühere Justizminister Renault erneut stark belastet worden.

Paris: Im Verlauf eines Verhörs vor dem parlamentarischen Stavischn-Ausschuß erklärte der Führer der Feuerkreuzler, Oberst a. D. de la Rocque er besitze in Paris 17 000 und in der Provinz 33 000 Anhänger. Er unterhalte keine Beziehungen zur royalistischen Action francaise, da er Republikaner sei.

Mündliche Vorstellung des deutschen Gesandten in Prag

Prag, 15. April. Der Prager deutsche Gesandte Dr. Koch sprach am 14. April vormittags bei dem bevollmächtigten tschechoslowakischen Minister Dr. Krofta im Prager Außenministerium vor, um auch noch mündlich auf die bedauerlichen Folgen, die die Manes-Ausstellung mit ihren Verunglimpfungen Deutschlands haben könne, hinzuweisen. Minister Krofta sagte Entgegenkommen bei der sofort anzustellenden Prüfung der Ausstellungsobjekte und Abhilfe zu.

Die Karikatur des Reichstanzlers aus der Prager Ausstellung entfernt

Prag, 15. April. Wie die "Nidove Rovini" meldet, hat die Verbalnote des Prager deutschen Gesandten Dr. Koch in der Angelegenheit der Karikaturen-Ausstellung Manes das Ergebnis gehabt, daß Minister Dr. Krofta seiner Umgebung erklärte, er könne sich nicht in eine fünfteilige Angelegenheit, wie sie die Ausstellung darstelle, einmischen. Krofta habe aber durch die Vermittlung eines Beamten des Außenministeriums den Verein Manes ersucht, aus dem Ausstellungsraum das Bild des Reichstanzlers Hitler zu entfernen, das vor allem den Anlaß zu dem deutschen Schritt gegeben hat. Das Blatt bemerkt dazu: Die Entfernung des Bildes stellt lediglich ein Entgegenkommen der Ausstellungsleitung dar. Ein neues Karikaturen-Arrangement mit Stalin, Dollfus und einheimischen Politikern wurde veranstaltet. Im Innern der Ausstellung hat man nichts geändert.

Schutzhäft für einen Bergwerksdirektor

Düsseldorf, 15. April. Die Regierungspressestelle teilt mit: Die Staatspolizeistelle hat am Samstag den Generaldirektor der Zeche "Rheinpreußen" in Homburg, Hr. Moers, Bergassessor a. D. Heinrich Koff und die Direktionssekretäre Hofer und Sühner wegen schwerer Gefährdung des Wirtschaftsfriedens in Schutzhäft genommen und in das Polizeigefängnis Düsseldorf überführt. Den genannten Personen wird vorgeworfen, anlässlich der Wahl der Vertrauensräte ein anonymes Flugblatt gegen den Führer der Bergschlagsliste verfaßt und verbreitet zu haben, obwohl diese Liste gemeinsam von der Betriebsleitung und dem Betriebszellenobmann aufgestellt worden war. Dieses Verhalten kennzeichnet sich als eine besonders gräßliche Verletzung der durch die Betriebsgemeinschaft begründeten Pflichten und erforderte zur Wahrung der sozialen Ordnung ein nachdrückliches staatliches Eingreifen.

Ungewisses Schicksal

Die traurigen Zustände im Konzentrationslager Wöllersdorf - Befichtigung endlich freigegeben

Offener Protest der Gefangenen

Wien, 16. April. Die österreichische Regierung, die sich lange geweigert hatte, reichsdeutschen und anderen ausländischen Pressevertretern die Befichtigung des Konzentrationslagers Wöllersdorf zu gestatten, hat nun endlich die Befichtigung freigegeben. Mehrere ausländische Journalisten haben nun das Lager besucht, worin 265 Nationalsozialisten festgehalten werden.

An der Befichtigung nahmen aufgrund der Bestimmungen des Sicherheitsministeriums je zwei Mitglieder der vier verschiedenen Verbände der Auslandspresse teil, von deutscher Seite der Vorsitzende des Verbandes der reichsdeutschen Presse, Dr. Hartmeier, und der Wiener Vertreter des Deutschen Nachrichtenbüros. Die Befichtigung dauerte 2 1/2 Stunden und fand unter Führung höherer Beamten der Staatspolizei, des Bundespräsidialamtes, des Lagerkommandanten Gragel und des Spitalarztes statt. Das Konzentrationslager, eine frühere Munitionsfabrik, ist mit doppeltem Drahtverhau umgeben. Die englischen Berichterstatter melden daß ihre Eindrücke nicht allzu günstig waren.

Sämtliche Inassen des Lagers, so schreibt der "Daily Telegraph", wurden ohne irgend eine besondere Weiterbildung verhaftet und die Zeit ihrer Gefangenschaft ist unbegrenzt.

Im Winter müßte Wöllersdorf ein schrecklicher Platz sein. 40 Inassen, darunter Alfred Trausenfeld, sind an der Ruhr erkrankt und mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Die Nahrung ist ungenügend, was zu mehreren Hungerstreiks geführt hat.

Eine der Hauptbeschwerden der Inassen besteht darin, daß das Singen verboten ist. Während des Besuchs der Journalisten ereignete sich ein kleiner

Aufbruch unter den Inassen.

Ein härtiger Nationalsozialist schritt auf den Lagerkommandanten zu und verlangte unter dem Beifall seiner Mitgefangenen seine Entlassung. Er erklärte, seit vier Wochen habe er vergebens gebeten, seine Frau sehen zu dürfen. Der Kärm sei immer größer geworden, so daß der Lagerkommandant die Journalisten voller Bestürzung nach einem anderen Teil des Lagers brachte, wo 5 Sozialdemokraten interniert sind.

Die Zahl der Lagerwache ist doppelt so groß wie die der Inassen und besteht aus 600 Seimwehrleuten und 16 Landjägern.

Die Häftlinge sind in Einzelbaracken untergebracht, zu vier bis fünf in einem Zimmer. Der Bezug von Büchern, Schachspielen und Zeitungen - selbstverständlich nur die unbedingte regierungstreue Presse - ist gestattet, die Korrespondenz ist täglich für jeden Häftling im Ausmaß von einem Brief und zwei Karten erlaubt; die ein- und ausgehende Korrespondenz der Häftlinge wird vom Lagerkommandanten zensuriert. Die Zuführung von Lebensmittelpaketen, die bis Anfang Januar zulässig war, ist jetzt eingestellt worden. Nur aus Ostern war die Zuführung in geringem Umfang gestattet. Zagegen ist die Zuführung von Zigaretten erlaubt.

Während der Befichtigung fand sich Gelegenheit, mit den Häftlingen ins Gespräch zu kommen, jedoch nur unter der unmittelbaren strengen Kontrolle der zahlreichen, die Befichtigung begleitenden Beamten. Hierbei wurde zunächst grundsätzlich mitgeteilt, daß Fragen politischer Charakter verboten seien. Im Laufe der Unterredung wurde von den Beamten mehrfach die Weiterführung des Gesprächs wegen angeblich politischer Fragen unterbunden, bei Fortführung sogar sofortige Beendigung der Befichtigung in Aussicht gestellt. Zu den verbotenen Fragen politischer Charakter gehörte auch die Frage nach der Ursache der Verhaftung, jedoch wurde in den Gesprächen regelmäßig von den Häftlingen gerade diese Frage aufgenommen. Aus sämtlichen Unterhaltungen ergab sich der übereinstimmende Eindruck,

daß die Häftlinge über die Ursache ihrer Verhaftung auch nicht die geringste Ahnung hätten. Immer wieder betonten sie, daß ihre Verhaftung nur wegen ihrer Gesinnung erfolgt sein könnte und daß ihnen irgendeine Straftat nicht zum Vorwurf gemacht werden könne.

In einzelnen Fällen sind die Häftlinge wegen des Singens des Fort-Wessel-Liedes oder wegen des Anklebens von Hakenkreuzfahnen bereits seit Monaten im Konzentrationslager. Die Ueberzeugung von der Aussichtslosigkeit, in absehbarer Zeit freigelassen zu werden, und das Fehlen jeder Mitteilung über das Ende ihrer Haft erregt unter den Häftlingen im allgemeinen eine sehr gedrückte Stimmung.

Die Frage der Verpflegung scheint bisher erhebliche Schwierigkeiten bereitet zu haben. Nach den Aussagen der Häftlinge war die Verpflegung durch den fürzlich entlassenen Kantinenwirt Kirchner völlig ungenügend und schlecht. Die Gefangenen erklärten,

heute zum erstenmal einen genießbaren Kaffee erhalten zu haben.

Sie müssen sechs Schillinge je Tag entrichten, jedoch kann der Betrag in den meisten Fällen nicht beigebracht werden. Die Häftlinge haben die Möglichkeit, bis zu 14 Tagen Urlaub zu nehmen gegen Abgabe der Sozialitätsverpflichtung und ehrenwörtlichen Zusicherung, zurückzukehren. Der Urlaub wird bei Krankheit, Todesfällen und geschäftlichen Notwendigkeiten gegeben. Bisher haben alle bis auf zwei Verurteilte die Verpflichtung zur Rückkehr eingehalten. Die zwei Sozialdemokraten befinden sich in einer Sonderbaracke und kommen mit den Nationalsozialisten in keine Verührung.

Neue Verhaftungen von Sozialdemokraten in Wien

Wien, 15. April. In den heutigen Vormittagsstunden hat die Polizei eine umfangreiche Aktion gegen die Sozialdemokraten eingeleitet. In verschiedenen Bezirken fanden eingehende Hausdurchsuchungen statt, die bis zur Stunde noch im Gange sind. Zahlreiche Verhaftungen von Sozialdemokraten sind bereits vorgenommen worden. Die Polizeiaktion erfolgte auf Grund von Meldungen über umfangreiche sozialdemokratische Vorbereitungen für den 1. Mai. Bekannte Führer befinden sich bisher nicht unter den Verhafteten; jedoch soll die Festnahme maßgebender Persönlichkeiten der aufgelösten sozialdemokratischen Partei unmittelbar bevorstehen.

Kopenhagen: Die Streiklage in Dänemark hat jetzt eine Verschärfung erfahren insofern, als zu dem Streik in der dänischen Schifffahrt sich von gestern ab auch der Streik in den Hotels, Restaurants usw. beschäftigten Küchenpersonal hinzugesellt. An dem Streik nehmen etwa 400 Personen, zum größten Teil Köche, Köchinnen usw. teil.

Befriedung des kirchlichen Lebens

Das geistliche Ministerium beschließt ein neues Kirchengesetz

Berlin, 15. April. Das Geistliche Ministerium der Deutschen Evangelischen Kirche hat, wie der Evang. Pressedienst mitteilt, folgendes Kirchengesetz beschlossen.

§ 1. Die Verordnung des Reichsbischofs betr. die Wiederherstellung geordneter Zustände in der Deutschen Evangelischen Kirche vom 4. Januar 1934 wird außer Kraft gesetzt.

§ 2. Maßnahmen, die gegen kirchliche Amtsträger wegen ihres kirchenpolitischen Verhaltens eingeleitet sind, sind nicht durchzuführen. — Ausgenommen bleiben Verfahren mit staatspolitischem Einschlag. Ob ein solches Verfahren vorliegt, entscheidet das rechtskundige Mitglied des Geistlichen Ministeriums.

§ 3. Abgeschlossene Maßnahmen unterliegen der Nachprüfung des Reichsbischofs. Er bestimmt den Zeitpunkt der Nachprüfung und trifft die erforderlichen Durchführungsbestimmungen.

§ 4. Die in Paragraph 4 der Verordnung des Reichsbischofs betreffend die Wiederherstellung geordneter Zustände in der Deutschen Evangelischen Kirche vom 4. Januar 1934 aufgeführten Gesetze, nämlich das Gesetz betr. die Rechtsverhältnisse der Geistlichen und Beamten der Landeskirchen vom 16. November 1933 und das vorläufige Kirchengesetz betr. die Rechtsverhältnisse der Geistlichen und Beamten der Landeskirchen vom 8. Dezember 1933 bleiben mit Wirkung vom 4. Januar 1934 außer Kraft gesetzt.

§ 5. Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Gleichzeitig mit der Verkündung dieses Gesetzes hat der Reichsbischof folgende Botschaft erlassen: Die wiederhergestellte Einheit in Volk und Staat verlangt nach geordneter Einheit im äußeren Leben der evang. Kirche. Bekenntnistreue und Glaubensgut unserer Kirche, die uns wichtigste Verantwortung sind, werden wir umso besser und treuer pflegen können, wenn organisatorisch in der Kirche Ordnung gehalten wird.

Nachdem auf der Grundlage der Neuordnung des Verhältnisses von Staat und evangelischen Kirchen die Bahn zu weiter ausbauender Arbeit freigemacht ist, soll unter Trennendes in der Vergangenheit ein Strich gezogen werden. Es werden daher die schwebenden Verfahren, die aus kirchenpolitischen Gründen anhängig gemacht worden sind, eingestellt werden mit Ausnahme jedoch derjenigen Verfahren, die staatspolitischen Einschlag haben. Es wird auch in eine Ueberprüfung bereits abgeschlossener Verfahren eingetreten, sobald Ruhe und Frieden in der Kirche eingelehrt sind.

Wer ungeachtet des hierdurch bezeigten Willens zum Frieden dennoch in Auflehnung gegen die notwendige äußere Ordnung den Frieden stört, wird die volle Strafe des Gesetzes zu tragen haben.

Ich erwarte von den Amtsbrüdern und Beamten der Kirche volle Einführung in die Gemeinschaft des Dienstes und ihre Vereinigung in berufsmäßiger Kameradschaft. Alle willigen Kräfte rufe ich zur Mitarbeit auf.

Rundgebung des badischen Neuhausbesitzes

Karlsruhe, 16. April. Der badische Neuhausbesitz hielt am gestrigen Sonntag seine Landesversammlung ab, in deren Mittelpunkt am Nachmittag eine von weit über 1000 Mitgliedern besuchte Kundgebung im großen Konzerthaus stattfand. Der Landesführer, Architekt Leonhardt-Mannheim, vernahm nach herzlichen Begrüßungsworten an die Vertreter der Behörden und die Kollegen auf die Noilage des Neuhausbesitzes. Er dankte der badischen Regierung für die bisher zur Verfügung gestellten Mittel, doch müsse man darüber hinaus auch die Hilfe des Reiches in Anspruch nehmen. Notwendig sei die Senkung der Zinsen auf erste Hypotheken, steuerliche Erleichterung und vor allem Unterstützung der erwerbslosen Neuhausbesitzer, die man vorrangig in Arbeit bringen müsse, damit sie ihre finanziellen Verpflichtungen erfüllen können.

Der Hauptreferent, Direktor Dr. Schrobbsdorf, Vorkämpfer des Landesverbandes Preußen, schilderte die Ursachen, die zur Noilage der Neuhausbesitzer geführt haben. Diese seien das Opfer der Deflation geworden. Der Redner betonte die Lösung der Zinsfrage als das Kernproblem der Wirtschaftsbefahrung durch die private Initiative. Er erörterte dann im Einzelnen die Wege und Mittel zur Beseitigung der Not des Neuhausbesitzes: Vollstreckungsschutz, steuerliche Gleichstellung der vor und nach dem 1. April 31 erstellten Neubauten, Senkung der Tarife für Gas, Wasser, Müll, Gleichstellung des privaten und gemeinnützigen Neuhausbesitzes usw. Dr. Schrobbsdorf gab zum Schluss einen Einblick in die volkswirtschaftliche Bedeutung des Neuhausbesitzes. — Rechtsanwalt Dreier behandelte das Zinsproblem und kam wie die Vorkämpfer zu dem Ergebnis, daß eine weitere Herabsetzung der Zinsen angestrebt werden müsse. — Der Landesvorsitzende Leonhardt hielt eine von starkem Optimismus und Vertrauen in die Führung Adolf Hitlers getragene Schlussansprache, nachdem er in großen Zügen die Tätigkeit der Organisation gestreift und den Inhalt eines Telegrammes an den Reichsarbeitsminister mitgeteilt hatte. Mit einem begeisterten Siegheiß auf den Reichspräsidenten von Hindenburg und den Führer und Volkstanzler Adolf Hitler ging man auseinander.

Günstige Entwicklung des Wohnungsbaus in Baden

(Mitgeteilt vom Badischen Statistischen Landesamt.) Auf dem Wohnungsmarkt in Baden ist, wie die Statistik über die Bautätigkeit im Jahre 1933 zeigt, eine erfreuliche Wendung zum Besseren eingetreten. Die Zahlen über den Zugang an Wohngebäuden und Wohnungen in Wohngebäuden im Jahre 1933 lassen nach dem bestürzenden Rückgang der Bautätigkeit im Jahre 1932 einen unerwartet starken Aufschwung der Wohnungsbautätigkeit erkennen. Im Lande Baden sind im Jahre 1933 durch Neubau insgesamt 2655 Wohngebäude mit insgesamt 5549 Wohnungen entstanden. Von den Wohnungen verbanden 4154 ihr Entstehen Neubauten und 1995 Um-, An-, Auf- und Erweit-

zungsbauten. Zum Vergleich sei angeführt, daß das Jahr 1932 einen Zugang von nur 2294 Wohngebäuden mit 3790 Wohnungen aufwies. Im Jahre 1933 sind demnach 661 Wohngebäude und 1759 Wohnungen in Wohngebäuden mehr gebaut worden als im Jahre 1932. Die Zahl der entfallenden Wohngebäude übersteigt sogar noch um ein geringes die entsprechende Zahl des Jahres 1931, während die Zahl der zugegangenen Wohnungen weit hinter der dieses Jahr zurückbleibt. Dies deutet auf eine Abkehr vom Bau von Mietkasernen hin. Im Jahre 1931 entfielen im Durchschnitt auf ein neugebautes Wohngebäude noch rund 2,6 Wohnungen, im Jahre 1932 1,5 und im Jahre 1933 nur noch 1,4. Dem Zugang des Jahres 1933 steht im Lande als Folge von Bränden, Abbrüchen und Umbauten ein Verlust (Abgang) von 377 Wohngebäuden (1932: 309) und 665 Wohnungen in Wohngebäuden (1932: 450) gegenüber, so daß also ein Reingewinn von 2878 Wohngebäuden (1932: 1985) und 4884 Wohnungen in Wohngebäuden (1932: 3340) festzustellen ist.

Von dem Zugang des Jahres 1933 entfallen 1208 neugebaute Wohngebäude, d. h. 40,87 v. H. und 2409 Wohnungen (43,41 v. H.) auf die Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung des Landes 37,49 v. H. ausmacht. Im Jahre 1932 sind in diesen Gemeinden nur 876 Wohngebäude (38,18 v. H.) mit 1405 Wohnungen (37,07 v. H.) zugegangen. Der Reingewinn in diesen Gemeinden beträgt unter Berücksichtigung des Abganges von 41 Wohngebäuden (1932: 36) und 259 Wohnungen in Wohngebäuden (1932: 124) insgesamt 1167 Wohngebäude (1932: 839) und 2150 Wohnungen (1932: 1281). Die Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern sind demnach in stärkerem Ausmaße als die kleineren Gemeinden an der Steigerung der Bautätigkeit beteiligt. Sie stellen z. B. zu den mehr als im Jahre 1932 gebauten 661 Wohngebäuden und 1759 Wohnungen allein 333 Wohngebäude und 1004 Wohnungen, d. h. 50,37 bzw. 57,07 v. H. des Gesamtunter-schiedes. Hervorzuheben ist die auffallend starke Zunahme der Bautätigkeit in Mannheim und Forstheim. Die Bauvollendungen des Jahres 1933 überstiegen diejenigen des Jahres 1932 in Mannheim um 75,0 v. H., bei den Wohngebäuden (693 gegen 396) und um 104,7 v. H. bei den Wohnungen in Wohngebäuden (1079 gegen 527), in Forstheim sogar um 221,6 v. H. bei den Wohngebäuden (119 gegen 37) und um 193,1 v. H. bei den Wohnungen in Wohngebäuden (211 gegen 73).

Auf eine weitere günstige Entwicklung auf dem Gebiet des Wohnungsbaus lassen die Angaben über die in den Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern erteilten Baugenehmigungen und begonnenen Neubauten schließen.

Im Jahre 1933 sind Baugenehmigungen für 1977 Wohngebäude (1932 für 1327) und 2765 Wohnungen in Wohngebäuden (1932 für 1843) erteilt worden, davon im vierten Vierteljahr allein für 700 Wohngebäude und 976 Wohnungen in solchen (1932 für 288 bzw. 384). Begonnen wurde der Bau von 1409 Wohngebäuden und 2090 Wohnungen in Wohngebäuden (1932: 1051 bzw. 1367), davon im vierten Vierteljahr der Bau von 387 Wohngebäuden (1932: 368) und von 600 Wohnungen in Wohngebäuden (1932: 445).

Nachrichten aus dem Lande Baden

Unterbaden

Heidelberg, 16. April. (Arbeiter-Sonderzug von der Wasserfalte kommt nach Heidelberg.) Am 10. Mai trifft in Heidelberg ein Arbeiter-Sonderzug der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ ein, der Arbeiter mit ihren Frauen sowie Arbeiterinnen aus Hamburg zu einem siebenstägigen Aufenthalt in das Neckartal bringt. Aus Baden gehen, wie schon gemeldet, neun Sonderzüge mit Arbeiterurlaubern aus Mannheim, Heidelberg, Weinheim, Karlsruhe, Ettlingen, Offenburg, Rastatt und Freiburg Ende Mai in die verschiedensten Gauen des Reiches. Zwei Sonderzüge werden an die Nordsee, zwei an die Ostsee, einer nach Bayern und einer nach Konstanz fahren.

Weinheim, 15. April. (Opfer der Arbeit.) In Rimbach ereignete sich ein schwerer Unglücksfall, der den Tod eines jungen Menschen zur Folge hatte. Bei Abbrucharbeiten wurde der 25-jährige Arbeiter Ludwig Seher aus Niederliebersbach von einem Holzblock am Kopfe getroffen. Mit einem schweren Schädelbruch wurde der Verunglückte in das Weinheimer Krankenhaus eingeliefert, wo er starb. Der junge Mann fand erst wenige Tage in Arbeit und wollte demnächst heiraten.

Oberbaden

Kandern, 16. April. (Sturz über die Brücke.) Am Samstag nachmittag fuhr der Lastwagen der Firma Bürgel in drei bei Malsburg bei der Einfahrt in das Granitwerk Tütele über die Randerbrücke hinaus und stürzte aus 15 Meter Höhe in den Randerbach. Der Lastwagen wurde vollständig zertrümmert. Bei dem Sturz blieb Herr Bürgel verhältnismäßig unverletzt, seine Verletzungen sind nur leichter Natur.

Freilangen, 16. April. (Einbrecher verhaftet.) Der Gendarmerie ist es gelungen, in Leutetten einen Einbrecher festzunehmen, der seit einiger Zeit die dortige Gegend unsicher machte. Bei dem Einbrecher wurde eine ganze Menge Diebesgut gefunden. Der Verhaftete wurde ins Amtsgefängnis Ueberlingen eingeliefert.

Kadolfzell, 16. April. (Schwere Unfälle.) Dieser Tage fiel ein Hilfsarbeiter der bei der oberbadischen Milchzentral-genossenschaft beschäftigt ist, im Schwemraum in helles Wasser. Mit lebensgefährlichen Brandwunden mußte er in das städtische Krankenhaus verbracht werden. — Das 2½-jährige Stöckchen des Amtsgerichtsgebäudes in Bismarck fiel vom dritten Stock des Amtsgerichtsgebäudes herunter und trug einen schweren Schädelbruch davon.

Reichsstatthalter Robert Wagner in Oberkirch

Oberkirch, 16. April. Samstag nachmittag stattete der Reichsstatthalter Robert Wagner der Stadt Oberkirch einen Besuch ab. Die Stadt prangte in reichem Flaggenschmuck. Robert Wagner besichtigte auch die Maschinenfabrik Ruch, Pinf und die Papierfabrik Koehler. Der Reichsstatthalter interessierte sich in lebhafter Weise für die verschiedenen technischen Vorgänge.

Im Anschluß an die Besichtigungen fand auf dem reich geschmückten Schulplatz eine große Kundgebung statt, auf der Reichsstatthalter Wagner herzlich begrüßungsworte sprach. Der Reichsstatthalter ergriff darauf das Wort zu längeren Ausführungen über dringliche Gegenwartsfragen. Aus

einer geistigen Einstellung, die das deutsche Volk langsam aber sicher zum Abgrund führte, sei es durch die nationalsozialistische Idee gerettet worden. In diesem einen Jahr nationalsozialistischer Regierung sei Ungeheures geleistet worden, sowohl auf politischem, wirtschaftlichen als auch auf kulturellem Gebiet, u. dies deshalb, weil beinahe das ganze Volk in einmütiger Geslossenheit sich hinter unseren großen Führer Adolf Hitler gestellt habe. Es gäbe wohl noch zwei bis drei Millionen, die im Herzen in anderen Lagern stehen, kämen sie aber erblinden Herzens zu uns, würden wir sie sofort aufnehmen. Auch kirchliche Kreise, die gegen uns widerständig seien, müßten allmählich einsehen, daß wir ihre Religion schätzen und achten. Das ganze Volk muß den idealistischen Kampf für Deutschland weiterführen um seinen wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufstieg. Es wird unsere Aufgabe sein, darüber zu wachen, daß Deutschland in geistiger Bewegung erhalten bleibt und dieser Geist niemals untergeht. Damit sind wir erst recht gesungen, die Wirtschaft wieder voll und ganz in Gang zu bringen. Einmütig erkläre die Forderung: Helft alle mit, dann kann das deutsche Volk in der Reihe der Völker wieder eine glückliche und geachtete Stellung einnehmen. Das Deutschland- und Hork-Bessellied wurden als machtvolles Treuebekenntnis gemeinsam gesungen.

Zum Abschluß der Kundgebung marschierten vor dem Rathaus der ganze Sturmbann 3/170, die Hitlerjugend, die Arbeitsfront sowie sämtliche Betriebe und Innungen auf

Das Deutsche Bauernsparbuch

Das Erbhofgesetz bildet die Krönung jener Maßnahmen der Regierung unseres Führers Adolf Hitler, mit denen die Festigung eines breiten, gegen alle Stürme gesicherten Bauernstandes, die dauerhafte Verwurzelung Millionen deutscher Menschen bewirkt wird. Jeder Volksgenosse muß sich mit vollem Herzen zu diesem großen Werk des Reichsbauernführers und Reichsministers Walther Darré bekennen. Auch die deutschen Sparkassen, als bodenständige Einrichtungen begründet und bis heute wirkend, stehen seit 150 Jahren im Dienst der deutschen Landwirtschaft, des deutschen Bauern. Heute verwalten sie rund 1½ Milliarden Reichsmark landwirtschaftliche Kredite, die als kleine Hypotheken und Personalkredite gerade den bäuerlichen Schichten zugefloßen sind, mit denen die Fürsorge der nationalsozialistischen Agrarpolitik besonders gilt.

Als brennende Förderer des Spargedankens haben sich die Sparkassen das große Ziel gesetzt, das Werk der Stärkung des Bauernstandes zu ergänzen. Sie wollen mit dahin wirken, daß nicht nur der Ackerbau, der den Hof erhält, gesichert dasteht sondern daß gemäß den allgemein auf Entproletarisierung gerichteten Bestrebungen der Reichsregierung auch für die nachgeborenen Kinder des Bauern Aus- stieg, Berufsausbildung, Ausstattung usw. gewährleistet sind. Auch die landwirtschaftlichen Bevölkerungsschichten, die von dem Reichserbhofgesetz nicht erfaßt werden, also besonders die kleineren Landwirte, müssen gesichert werden, bei ihnen gilt es, den Weg zum Ausbau und zur Stärkung des Betriebs zu weisen.

Die ersten amtlichen Maßnahmen zur Ueberleitung in die neuen Jagdverhältnisse in Baden

Nach vielen eingehenden Beratungen der Jagdverbände mit den zuständigen Landeszentralbehörden ist nunmehr einige Klarheit dahingehend gegeben, daß ein Reichsjagdgesetz kommen wird, dessen Inhalt sich voraussichtlich zum größten Teil mit dem preussischen Jagdgesetz vom 18. Januar 1934 decken dürfte. Wann dieses Reichsgesetz ausgearbeitet ist noch nicht bekannt; man wird mit seiner Einführung aber in absehbarer Zeit zu rechnen haben. Alle Vorkehrungen sind im Benehmen mit dem für die Jagdgesetzgebung zuständigen Ministerium des Innern getroffen oder werden noch getroffen werden, daß mit der Einführung des Reichsjagdgesetzes die zu errichtenden Jagdbehörden sofort in Tätigkeit treten können und einen unermesslichen Abschluß von Wild, insbesondere Schalenwild, verhindern sollen. Bis dahin gelten die für Baden erlassenen und die für den Uebergang noch zu erlassenden einschlägigen badischen Gesetze und Verordnungen.

Als erste Maßnahme zur Ueberleitung in die neuen Verhältnisse hat der Minister des Innern mit Erlaß vom 26. März 1934 den Bezirksämtern, Polizeipräfecten und Polizeidirektionen eine Anweisung über die Behandlung von Anträgen Betreffender auf Abrechnung, Zusammenlegung oder Begründung der Grenzen der Jagdgebiete, den Vorschriften des § 13 Absatz 5—11 des preussischen Jagdgesetzes entsprechend, zugehen lassen. Der Vorlaut dieses ministeriellen Erlasses kann bei den Bezirksvereinen der bad. Jagdverbände eingesehen werden.

Es liegt im Interesse der Jagdpächter, den Gemeinden, welche von Grenzverlegung berührt werden, ihre Wünsche schon jetzt mitzuteilen, damit über die zukünftigen Jagd-grenzen noch vor der Neuverpachtung im kommenden Herbst entschieden werden kann. Die Gemeinden sind angewiesen, solche Anträge dem zuständigen Bezirksamt vorzulegen, welches neben den Jagdbehörden auch einen vom Minister des Innern zu benennenden jagdlichen Sachverständigen zu hören hat.

Rechtsbetreuung unbemittelter Volksgenossen im Landgerichtsbezirk Offenburg

Im Rahmen der von der Reichsjagdgruppe Rechtsanwältin im Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen übernommenen Rechtsbetreuung der unbemittelten Volksgenossen sind nun auch im Landgerichtsbezirk Offenburg NS-Rechtsbetreuungsstellen eingerichtet worden, bei denen jeder deutsche Volksgenosse, der seine Bedürftigkeit durch eine amtliche Bescheinigung nachweist, unentgeltlich sachverständige Raterteilung in Anspruch nehmen kann. Die NS-Rechtsbetreuung steht unter der Oberaufsicht der Rechtsabteilung der Reichsleitung der NSDA. Rechtsbetreuungsstellen sind in den Amtsgerichtsbezirken Offenburg, Albern, Bühl, Rastatt, Rastatt, Rastatt und Wolfach errichtet und befinden sich jeweils im Amtsgerichtsgebäude der genannten Städte. Sie sind vorläufig wöchentlich einmal (in Wolfach alle zwei Wochen) nachmittags geöffnet. Den Dienst versieht abwechselnd jeweils ein dem Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen angehörender Rechtsanwalt, der am Sitz des Amtsgerichts anständig ist, ehrenamtlich. Die gemauerten Dienststunden und Dienstzimmer sind an der Gerichtskasse der Amtsgerichte und an der Rathauskassette jedes Bürgermeisterrates des Bezirks bekannt gegeben.

Die NS-Rechtsbetreuung will der Förderung der sozialen Wohlfahrt dienen und zeigt die Verbundenheit der deutschen Rechtsanwaltschaft mit allen Volksgenossen und deren tätige Mitarbeit am Aufbau und Ausbau des Dritten Reiches unseres Führers.

Der erste Blütensonntag in den Schwarzwald-Tälern

Der wachsende Temperaturanstieg der letzten Tage hat am dritten Aprilsonntag in den meisten Schwarzwaldtälern eine Vollenkaltung der Obstbaumblüte geseitigt. Im Pfinggau, vorderen Nistal, im unteren Murgtal und fast überall in den sonnigen, milden Krüften des Böhler-, Aher- und Renntales fesselten die weißen, violetten und rosaroten Kolorite der blühenden Kirichen- und Pfirsichplantagen. Riechliche Menschenströme aus der Stadt wandten sich in die Blütenhainen der nahen Talfluchten zu. Die Reichsbahnzüge von Karlsruhe nach dem Nord-Schwarzwald waren voll besetzt, die Sonder-Blütenzüge der Albtabahn nach Ettlingen wiesen stärkste Frequenz auf. Man schätzte, daß gegen 50 000 Personen der Baumbäume im Alb-, Ost- und Murgtal am Sonntag ihre Aufmerksamkeit machten. Kolonnen von Kraftposten bewegten sich ebenfalls durch die busenden Kräfte, nicht minder zeigte sich ein außerordentlicher Auftrieb des privaten motorisierten Verkehrs, der teilweise Dinstationen, wie sonst zu Pfingsten, annahm. Auf dem Rheine klang gleichfalls die Station der Wasserpostler auf, die vor dem Karlsruher Strandbad Rappensbüsch mit einer Frühlings-auffahrt der Rudervereine eingeleitet wurde.

Das Deutsche Bauernsparbuch

Den angedachten Zielen dient eine Schöpfung der deutschen öffentlichen Sparkassen, nämlich das Deutsche Bauernsparbuch.

Jeder Bauer und Landwirt kann für sich oder seine Angehörigen bei jeder deutschen Sparkasse ein solches Bauernsparbuch einrichten lassen bei einer Mindesteinlage von 1 RM. Entsprechend dem Zweck der Einlagen auf Bauernsparguth (für Berufsausbildung, Schaffung neuer Bauernstellen oder einer sonstigen Existenz, Ausstattung der Töchter usw.) sind die Kündigung- und Rückzahlungsbestimmungen gehalten. In Verbindung mit langfristiger Anlage kann ein gewisser Zinsvorteil gewährt werden. Der Zinsfuß für Spareinlagen auf Bauernsparbücher beträgt ½ v. H. über dem Zinsfuß für normale Spareinlagen. Die Spareinlagen auf Bauernsparbüchern sind wie alle Einlagen bei den öffentlichen Sparkassen mündelsicher. Durch das Deutsche Bauernsparbuch wird andererseits den Volksgenossen aus der Landwirtschaft keine ungebührliche Vereinbarung entsprechender Kündigungsfristen einen günstigeren Zinsfuß erlangen als bei normalen Spareinlagen. Nur in den Rückzahlungsbedingungen unterscheidet sich das Bauernsparbuch von dem normalen Sparguth, das heute in einer Anzahl von 22 Millionen Stück verbreitet ist. Der große Vorteil besteht darin, daß die längere Kündigungsfrist den Bauern stets an seine großen Sparziele erinnert und ihm die allmähliche Siederstellung der Zukunft seiner Kinder wesentlich erleichtert.

Große Saartundgebung

Die Ortsgruppe Ettligen der NSDAP veranstaltet am Freitag, den 20. April 1934, abends 8 Uhr im Sonnenaal eine große Saartundgebung...

Badische Heimat, Ortsgruppe Ettligen. Für den kommenden Donnerstag konnte die hiesige Ortsgruppe Fräulein Dr. Anna Maria Renner aus Karlsruhe für einen Vortrag gewinnen...

Die Deutsche Arbeitsfront, Ortsgruppe Ettligen. Um denjenigen Volksgenossen, welche noch nicht Mitglied der Deutschen Arbeitsfront sind, die Möglichkeit zu geben...

Erleichterungen bei der Vermögenssteuer am Geburtstag des Führers. Der Herr Reichsfinanzminister hat die Länderregierungen gebeten...

Lohnregelung für den 1. Mai. Anlässlich der erstmaligen Begehung des Feiertages der Nationalen Arbeit am 1. Mai war im vorigen Jahre eine Verfügung erlassen...

Schulfilmporführungen durch Gaufilmstelle. Die Pressefotografie beim Staatsministerium hat die Gaufilmstelle für ein Abkommen über die Vorführung nationaler und kulturwertvoller Filme in den Schulen getroffen...

Mörser. Amt Ettligen, 16. April. Als der 69jährige Schmiedemeister Georg Friedrich Mörsermacher die abschüssige Kurve beim Gasthaus zum 'Schiff' in Dalzanden...

Durlacher Schweinemarkt vom 14. April. Befahren mit 48 Käuferschweinen, 142 Ferkelschweinen. Verkauf wurden 35 Käufer, Preis per Paar 34-40 RM...

Der Sport des Sonntags

Fußball

Weltmeisterschafts-Ausscheidungen.

In Luxemburg: Luxemburg - Frankreich 1:6 (0:2).

Länderspiele.

In London: England - Schottland (Sa.) 3:0 (1:0). In Wien: Oesterreich - Ungarn 5:2 (3:2).

Endspiele um die Deutsche Meisterschaft

Table with football match results: Gruppe Südwest, Gruppe Mitte, Gruppe Ost, Gruppe Nordwest, Gruppe Süd.

Fußball in Süddeutschland

Repräsentativspiel:

in Karlsruhe: Gau Baden - Gau Mittelrhein 1:3 (1:1)

Bezirksliga Mittelbaden:

04 Raßfurt - Jorchheim 8:1, Eulingen - Durmersheim 5:2, SC. Pforzheim - SpVgg. Baden-Baden 2:0...

Kreis Murg, Gruppe 1:

Ottensau - Malß 4:2, Vieltigheim - Niederbühl 0:2, Rotenfels - Kuppenheim 0:3...

Stand der Tabelle nach dem 15. April 1934.

Table with 7 columns: Team, Spiele, gewonnen, unent., verlor, Tore, Pkte.

Leichtathletik

10 000-Meter-Lauf (offen für Vereine und Vereinsläufer). Die Langstreckenläufer hatten unter dem Einfluß der Sonne...

- 1. Birth, W. Wiesental, 35:09 Minuten; 2. Hardt, Rhönig Karlsruhe, 36:04 Minuten; 3. Lode, Reichsbahn-Sportverein Karlsruhe, 39:13 Minuten...

Freiwilliger Arbeitsdienst:

- 1. Simon, Leopoldshafen, 38:10 Minuten; 2. Karger, Ettligen, 39:25 Minuten; 3. Liebmann, Leopoldshafen, 40:15 Minuten...

Radsfahren

Resultate des 100-Kilometer-Rennens.

A-Klasse (Renneräder): 1. Schlimm Frz., Zeit: 3:54 Stunden, Start-Nr. 171 (Rad, Renn- und Tourenklub Karlsruhe)...

B-Klasse (Tourenräder): 1. Weber Frz., Zeit: 3:15 Stunden, Start-Nr. 112 (Karlsruhe); 2. Schmitt Herm., Zeit: 3:15 1/2 Stunden...

Mündliche Vorstellung des deutschen Gesandten in Prag

Prag, 15. April. Der Prager deutsche Gesandte Dr. Koch sprach am 14. April vormittags bei dem bevollmächtigten tschechoslowakischen Minister Dr. Krosta im Prager Außenministerium vor...

Neue Rekordzeiten auf dem Eilenriede-Rennen

Todessturz des Berliner Prösig

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Die neue deutsche Motorrad-Strassenlaison wurde am Samstag mit dem 11. Eilenriede-Rennen im Stadtwald Hannover mit großem Erfolg für die deutschen Farben gefahrt...

tante, mit 2,05,37 Stunden (95,8 Stunden-Kilometer) einen neuen Klassenrekord heraus, mit dem er die bisherige Bestleistung der Viertelliterkategorie um mehr als 7 Stunden-Kilometer verbesserte.

Ein Todessturz.

Bei den Rennen am Sonntag ereignete sich ein Todessturz. Der Berliner Prösig raste mit seiner 350er NS-Maschine in einer S-Kurve in voller Fahrt gegen einen Baum und war auf der Stelle tot.

Achtung! An alle Arbeitgeber!

Die neuen Lohnsteuer-Tabellen 'Ideal'

mit der Abgabe zur Ehestandshilfe und Arbeitslosenhilfe sind genau den Gesetzesbestimmungen entsprechend zusammengestellt.

Buch- u. Steindruckerei R. Barth Fernruf 78 Ettligen, Kronenstraße 26

Rommenden Mittwoch Schweinemarkt in Ettligen

Advertisement for a pig market in Ettligen, including details about the market starting at 7 o'clock and available products like piglets and milk.

Familien-Drucksachen

werden schnellstens angefertigt in der Buch- u. Steindruckerei R. Barth, Ettligen.

Turnverein 1885 v. Ettligen

Am Samstag, den 21. April 1934, punkt 8 Uhr beginnend, findet unser

43. Schau- und Werbeturnen

in der Stadthalle statt. Hierzu laden wir unsere Mitglieder, sowie die gesamte Einwohnerschaft ergebenst ein.

Der Turnrat. Eintrittspreise: Numm. Sitzplatz RM. -.75 Unnumm. Sitzplatz RM. -.60. Stehplatz RM. -.30 einschl. Sportgrochen.

Vorverkauf ab Dienstag bei P. Rees, Zigarrengeschäft und Jul. Schmitt, Buchhandlung.